

## **Russisch-Ukrainische Beziehungen: Eine Spirale nach unten? – Bemerkungen aus russischer Sicht**

### **Einleitung**

Am Ende der Neunzigerjahre stagnierten die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. Eine Vertrauenskrise, unterschiedliche politische Orientierungen, abnehmende Wirtschaftsbeziehungen, die steigenden Energieschulden der Ukraine bei Russland und eine große Anzahl von Streitpunkten über verschiedene Themen, die von Grenzschwierigkeiten bis zum Status der russischen Sprache in der Ukraine reichen, ergeben das Bild einer belasteten Beziehung, die sich durch die bis jetzt gesetzten Maßnahmen nicht bessern wird.<sup>1</sup>

Allgemein bestand die Hoffnung auf einige Veränderungen im Jahre 1999. Zunächst wurden sowohl der russisch-ukrainische Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft sowie drei Abkommen über die Prinzipien der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol – wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten – in den Parlamenten beider Staaten ratifiziert und traten in Kraft. Das sollte das Konfliktpotenzial, das sich zwischen den beiden Staaten aufgebaut hatte, eigentlich verringern. Zweitens befand sich die Ukraine gerade im Präsidentschaftswahlkampf, in dem Russland traditionell eine bedeutende Rolle spielt, und man konnte daher erwarten, dass das offizielle Kiew in einigen Fragen Kompromisslösungen mit Moskau erzielen wollte, um sich die Unterstützung des Kremls gegen die Herausforderer des amtierenden Präsidenten Leonid Kutschma zu sichern. Drittens kostete der NATO ihr Vorgehen gegen Jugoslawien (Operation „Allied Force“) im Frühjahr 1999 – wenn auch nicht für lange – Sympathie in der Ukraine und vergrößerte die Zweifel an der Politik Kiews, die darauf abzielte, eine Annäherung an die NATO auf Kosten der Beziehungen zu Russland zu erreichen.

Allerdings gingen diese Wünsche nicht in Erfüllung. Nach Meinung des Autors war dies auch das einzig logische Resultat. Die wichtigste Erklärung kann darin gefunden werden, dass der Prozess, in dessen Verlauf sich Russland und die Ukraine voneinander entfernen – oder bei dem eher die Ukraine von Russland wegdriftet – vor Einflüssen kurzfristig wirkender Faktoren immun ist; aber man sollte nicht übersehen, dass Moskau in der Durchführung seiner praktischen Politik lange nicht sein Bestes tat, um die sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen. Aus Gründen, deren Analyse den Rahmen der vorliegenden Studie sprengen würde, blieb Moskaus Politik gegenüber Kiew – was auch immer ihre Ziele waren – fortwährend passiv und wirkungslos. Außerdem war nicht klar, ob Moskau überhaupt eine Strategie gegenüber der Ukraine verfolgte.

Hier soll versucht werden, genauer zu klären, warum die bilateralen Beziehungen im Frühjahr 2000 noch problematischer erscheinen als zuvor. Einige Vorfälle könnten sich für die Zukunft als kritisch herausstellen. Es ist noch zu früh, ein endgültiges Urteil zu fällen und festzustellen, dass die russisch-ukrainischen Bindungen irreversibel ausgehöhlt sind, aber man kann den Schluss ziehen, dass die Beziehungen in vieler Hinsicht die Charakteristika einer sich abwärts bewegenden Spirale aufweisen.

---

1 Zu Details vgl.: Arkady Moshes: Ukraine und Russland: A Chronic Crisis. In: Kurt Spillmann/Andreas Wenger/Derek Muller (Ed.): *Between Russia and the West: Foreign and Security Policy of Independent Ukraine*. Bern/New York 1999, S. 257-279.

Zwei Überlegungen mit direktem Bezug zum Thema müssen gleich am Anfang hervorgehoben werden. Erstens ist die Ukraine – im Gegensatz zu oft gehörten Erklärungen über eine Zugehörigkeit zu Mitteleuropa – in erster Linie ein postsowjetischer Staat. Der Verlauf der demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen in der Ukraine ist unsicher. Das Verhalten ihrer politischer Eliten weckt größte Zweifel, ob sie überhaupt die Werte des heutigen Europa teilen. Eine Folge davon ist, dass die Ukraine nicht näher an die EU heranrückt. Im besten Falle kann sie hoffen, dass sich eine Zusammenarbeit mit der EU ergibt, aber in der überschaubaren Zukunft ist keine Integration in Sicht. Im schlimmsten Falle wird die Kluft – die sich schon jetzt im Stopp der NATO-Osterweiterung an der westlichen Grenze der Ukraine und der Einführung der Visumpflicht zwischen der Slowakei und der Ukraine artikuliert – breiter statt schmaler. Das bedeutet, dass die strategische Marginalisierung der Ukraine zwischen Russland und dem Westen eines der wahrscheinlichsten künftigen Szenarios ist.

Zweitens wird die Wahl Wladimir Putins zum russischen Präsidenten (März 2000) einen starken Einfluss auf die russisch-ukrainischen Beziehungen haben. Putins Regime unterscheidet sich grundlegend von dem seines Vorgänger Boris Jelzin. Putins politische Karriere begann nach 1991, warum er nicht für die Auflösung der Sowjetunion verantwortlich gemacht werden kann; daher muss er nicht das Bild vermitteln, dass die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) oder die russischen Beziehungen zu den GUS-Staaten ein Erfolg sind, was Jelzin tun musste, um seine Handlungen von 1991 zu rechtfertigen.<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang sind – zumindest auf der russischen Seite – Veränderungen in der Art und Weise, wie mit den bilateralen Beziehungen umgegangen wird, zu erwarten.

## **Die wirtschaftliche Dimension**

Auf der wirtschaftlichen Ebene ist die Krise in den bilateralen Beziehungen besonders evident. 1999 fiel der russisch-ukrainische Handel gegenüber 1998 um 17 % und erreichte ein Volumen von 7,3 Milliarden US-Dollar, was nur 300 Millionen Dollar mehr war als das russische Handelsvolumen mit Belarus (Weißrussland), das nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung der Ukraine aufweist.<sup>3</sup> Im Zeitraum 1996-99 verringerte sich der russisch-ukrainische Handel beinahe um die Hälfte. Als Erklärung für diese Langzeitentwicklung wird oft gegenseitiger Protektionismus genannt (in der Ukraine ist vorwiegend von russischem Protektionismus die Rede). Ohne Zweifel führen beide Staaten eine protektionistische Politik durch, was unvermeidlich ist, wenn man identische Betriebe, Arbeitslosigkeit in ähnlichen Wirtschaftszweigen usw. in Betracht zieht. Laut einer Mitteilung des russischen Handelsministeriums hat Russland an die Ukraine eine Liste mit 89 Beschwerden über Handelsbehinderungen gesandt, für die Kiew die Verantwortung trage; die Ukraine präsentierte eine ebensolche Liste mit acht (!) Beschwerden.<sup>4</sup>

Während dieses Beispiel als Illustration dafür verwendet werden kann, welches Land stärker protektionistisch agiert, so geht doch diese ganze Debatte in eine falsche Richtung. Der wesentlich wichtigere Grund für den abnehmenden Handel ist die niedrige Arbeitsproduktivität, die vielen Gütern auf den entsprechenden Märkten die Wettbewerbsfähigkeit nimmt. Dieses Problem kann auch durch bevorzugte Behandlung nicht gelöst werden. 1998 war die Ukraine z. B. berechtigt, 600 000 metrische Tonnen Zucker steuerfrei auf den

---

2 Jelzin hatte Ende 1991 zusammen mit dem ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk und dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets von Belarus (damals Staatsoberhaupt), Stanislaw Schuschkewitsch, die Belowezhsk-Verträge unterzeichnet, mit denen die UdSSR für aufgelöst erklärt wurde. (Anm. d. Übers.)

3 Nach Bulletin of Foreign Commercial Information, Nr. 23, 29.2.2000, S. 3.

4 Nach Nezavisimaja gazeta, 26.10.1999.

russischen Markt zu bringen, aber sie brachte es nur auf 15 000,<sup>5</sup> da es günstiger war, auf dem Weltmarkt zu kaufen.

Die politischen Auswirkungen der Abnahme des Handelsvolumens mit der Ukraine sind für Russland relativ unbedeutend. Insgesamt beträgt der ukrainische Anteil am russischen Handel nur 7 %. Ökonomisch wesentlich destabilisierender wirkt das „Geber-Empfänger“-Modell, das sich zwischen den beiden Staaten entwickelt hat und in der Ukraine zur Erhaltung eines ineffektiven nationalen Wirtschaftsmechanismus beiträgt. Abgesehen davon, dass Russland der größte Gläubiger der Ukraine im Pariser Club der Gläubigerstaaten ist, schuldet die Ukraine russischen Wirtschaftssubjekten 3,3 Milliarden Dollar.<sup>6</sup> Der größte Teil davon sind Energieschulden. Russlands führender Gasproduzent „Gazprom“ behauptete etwa, dass ihm die Ukraine mit Februar 2000 1,9 Milliarden Dollar schuldet und diese Ausstände weiter anwachsen.<sup>7</sup> 1998 bestellte die Ukraine Brennstoff für Atomkraftwerke im Wert von 250 Millionen Dollar, bezahlte aber nur 50 Millionen (es folgten unzureichende russische Lieferungen, die einer der Hauptgründe für die ukrainische Energiekrise im Winter 1999/2000 waren).<sup>8</sup> Zu Beginn des Jahres 1999 erreichten die ukrainischen Stromschulden 135 Millionen Dollar,<sup>9</sup> was später zu einer Abkoppelung des ukrainischen Energienetzes vom russischen System und zu einem Stopp der russischen Energielieferungen an die Ukraine führte.

Die immer gleichbleibende Politik aufeinander folgender ukrainischer Regierungen – einschließlich des Kabinetts von Ministerpräsident Viktor Juschtschenko – war der Hauptgrund dafür, dass diese Frage in Russland politisiert wurde und die russischen Exporteure gegen die Ukraine aufbrachte. Diese Politik beinhaltet traditionell drei Komponenten:

Erstens werden große Teile der Schulden nicht anerkannt. Obwohl wegen der Gesamtschulden große Verwirrung aus Kiew kommt (die für Brennstoffe und Energie zuständige stellvertretende Ministerpräsidentin Julia Timoschenko akzeptierte im Januar 2000 Schulden für Gaslieferungen in der Höhe von 2,8 Milliarden Dollar; Juschtschenko sprach im Februar 2000 von 1,4 Milliarden, während sich der damalige Chef des staatlichen Unternehmens „Naftogaz Ukrainy“, Ihor Bakai, nur für 911 Millionen Dollar verantwortlich fühlte)<sup>10</sup>, gibt es einen generellen Trend, Verschuldung von nichtstaatlichen Importeuren nicht zur Kenntnis zu nehmen – ungeachtet der Tatsache, dass der ukrainische Gasmarkt zu einem entscheidenden Grad staatlich kontrolliert ist und viele Lieferungen an „private“ Importeure mit staatlichen Garantien durchgeführt wurden.

Zweitens weigert sich Kiew, die Schulden aus staatlichem Vermögen auf ukrainischem Territorium zurückzuzahlen. Somit lehnt es das einzige Schema ab, das für russische Exporteure akzeptabel wäre. Diese Position wurde auch von Timoschenko und dem 1. Stellvertretenden Ministerpräsidenten Juri Jechanurow bekräftigt.<sup>11</sup> Stattdessen möchte die Ukraine verschiedene Zahlungsschemata in Form von Naturalien anwenden. Sie weisen aber verschiedene Schwächen auf, die sie allesamt unrealistisch machen. Bei der Lebensmittelproduktion schlägt Kiew Preise vor, die weit über jenen des russischen Einzelhandels liegen; davon abgesehen handelt es sich hier um einen Tausch zwischen einem erstklassigen Produkt (Gas) und Waren, die sonst nirgends vermarktet werden könnten. Eine Annahme dieser Angebote würde wieder nichts anderes als indirekte russische Subsidien an die Ukraine bedeuten. Wenn man andere spezielle Zahlungsformen in Form von Gütern betrachtet (z. B.

---

5 Vgl. dazu ein Gespräch mit dem Direktor des Unternehmens „Ukrinterzukur“, in: Nezavisimaja gazeta, 30.1.1999.

6 Die Zahlen stammen vom russischen Ministerium für Angelegenheiten der GUS, in: Novye Izvestia, 15.3.2000.

7 Nach Vremja MN, 25.2.2000.

8 Nach Nezavisimaja gazeta, 15.2.2000.

9 Nach Segodnja, 27.1.1999.

10 Nach Vremja MN, 24.1.2000; Vremja MN, 25.2.2000

11 Vgl. Nezavisimaja gazeta, 26.2.2000, Vremja MN, 3.3.2000.

ehemals sowjetische strategische Bomber oder Summen, welche die Ukraine aufgewendet hat, um Schiffe der Schwarzmeerflotte zu reparieren), sollte man den Umstand nicht unterschätzen, dass es entscheidend ist, die Schulden nicht an Russland zu zahlen, sondern an „Gazprom“ und andere russische Exporteure. Andere Varianten entmutigen die Exporteure und stellen sich als schädlich für die gesamte russische Wirtschaft heraus. Und schließlich wurden alle Kompromisse, auf die man sich zuvor geeinigt hatte, niemals von der Ukraine umgesetzt. Derzeit ist ihre Glaubwürdigkeit in Russland extrem niedrig.

Drittens werden große Mengen an russischem Gas einfach gestohlen, d. h. aus Pipelines entnommen, die über das Territorium der Ukraine führen. „Gazprom“-Chef Rem Wjachirew sagte, dass im Winter 2000 in der Ukraine täglich 100-120 Millionen Kubikmeter Gas abgezweigt wurden, was sich bis April 2000 zu einer Gesamtmenge von 7,1 Milliarden Kubikmeter summierte.<sup>12</sup> „Gazprom“ muss danach Exportverträge unterzeichnen und auf diese Weise den Diebstahl (bürokratisch ausgedrückt: „unautorisierte Verwendung“) legalisieren, denn sonst hätte das Unternehmen auf Grund von Eigenheiten der russischen Exportgesetzgebung eine Strafe von 200 % des Preises wegen „illegaler Exporte“ zu zahlen.

Die Politik Kiews basiert offensichtlich auf der Annahme, dass Russland in einer kritischen Abhängigkeit vom ukrainischen Transit lebt (derzeit gehen 90 % des russischen Gasexports durch die Ukraine) und dass Russland daher die Gaslieferungen nicht einstellen kann. Es würde dabei tatsächlich zu technologischen Risiken kommen (ein Absinken des Drucks in den Rohren könnte den Zusammenbruch des ganzen Systems verursachen), und Russland hätte Probleme mit seinen Abnehmern in Westeuropa.

Bis vor kurzem hatte Russland keinen Ausweg aus dieser Situation. Inzwischen ist jedoch klar, dass der Wille vorhanden ist, einen solchen zu finden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich Russland bemühen wird, seine Gas- und Ölexporte aufzuteilen und neu zu orientieren. Dabei soll die Ukraine mit alternativen Exportrouten umgangen werden. „Gazprom“ hat seine Pläne bereits öffentlich gemacht: es will seine Exporte durch die Ukraine in sechs bis acht Jahren von derzeit 110-120 Milliarden Kubikmetern um zwei Drittel reduzieren.<sup>13</sup> Zu diesem Zweck will „Gazprom“ eine neue Pipeline durch Belarus und Polen nutzen (in Betrieb seit September 1999, Kapazität 14-30 Milliarden Kubikmeter), zu der eine weitere Pipeline hinzukommen könnte, falls sich das als notwendig erweist; aber auch eine Pipeline am Grund des Schwarzen Meeres in die Türkei (Projekt „Blauer Strom“, das 2001 abgeschlossen werden soll; Leistung 16-18 Milliarden Kubikmeter) soll genutzt werden. Die russischen Ölexporteure (Unternehmen „Transneft“) erwägen ernsthaft, eine neue Pipeline nach Noworossijsk zu bauen.

Im Gegensatz zu Annahmen über einen rein „neo-imperialistischen“ rationalen Antrieb der russischen Politik ist die Ratio in diesen speziellen Angelegenheiten hauptsächlich ökonomischer Natur. Zwei spezielle Argumente sollten zusätzlich angeführt werden: Das derzeitige System, das es der Ukraine erlaubt, ihre vertraglichen Verpflichtungen ohne Strafe zu missachten, muss sowohl im Hinblick auf die russischen Unternehmen, die dadurch Verluste erleiden, als auch aufgrund der makroökonomischen Interessen Russlands abgestellt werden – es ist nicht mehr in der Lage, die Ukraine zu unterstützen. Erstens sind die ukrainischen Tarife ziemlich hoch. So verrechnet die Ukraine 1,09 Dollar für den Transit von 1 000 Kubikmetern Gas über 100 Kilometer, während Belarus 55 Cent für die gleiche Dienstleistung verlangt.<sup>14</sup> Der ukrainische Tarif für eine Tonne Öl beträgt 2,35 Dollar, während in dem oben erwähnten projektierten russischen System nach vier Jahren Betriebs-

---

12 Nach Vremja MN, 9.2.2000, Segodnja, 15.4.2000.

13 Nach Nezavisimaja gazeta, 26.2.2000.

14 Nach Vremja MN, 22.9.1999; Vremja MN, 24.9.1999.

zeit (die nötig sind, um die Investitionen abzutragen) 50 Cents veranschlagt sind.<sup>15</sup> Zweitens hat die Ukraine jahrelang in die Erhaltung der Transitkapazitäten zu wenig investiert, und es könnte daher riskant werden, sie zu verwenden und voll darauf zu vertrauen. Das Gebot, dieses Risiko zu vermeiden, verstärkt den russischen Willen, alternative Exportrouten zu finden.

Der Einkommensverlust vom russischen Energietransit und in der Folge die Abnahme des freien Energieflusses würde einen schweren wirtschaftlichen Schlag für die Ukraine bedeuten. Ein Jahrzehnt lang versuchte die Ukraine, ihre Energiequellen verstärkt zu diversifizieren, aber sie scheiterte auf Grund der gleichen Unfähigkeit oder Unwilligkeit, die Rechnungen zu zahlen (sie schuldet Turkmenien bis zu 1 Milliarde Dollar). Wegen der ständigen Skandale im Umgang mit Russland ist das Image der Ukraine als Transitland schlecht. Sie hat es verabsäumt, die nötige Infrastruktur aufzubauen, um eine Brücke zwischen möglichen Exporteuren im Kaukasus zu den Konsumenten in Europa zur Verfügung zu stellen. Aber auch wenn sie dabei erfolgreich gewesen wäre, würde die Hauptroute für Öl aus Aserbaidschan durch die Türkei und nicht über die Ukraine führen. Unter diesen Umständen stellen die Maßnahmen, die von russischen Akteuren im Bereich des Energietransits unternommen werden könnten, eine Herausforderung für die Souveränität der Ukraine dar.

## **Außen- und Sicherheitspolitik**

Die Gegensätze in der konzeptionellen und praktischen Außenpolitik Russlands und der Ukraine werden immer stärker und tiefer. Hier sollen nur die wichtigsten aufgezählt werden.

An erster und wichtigster Stelle gilt das für die offiziellen Auffassungen Russlands bzw. der Ukraine über ein künftiges europäisches Sicherheitssystem, ihre dortigen Rollen sowie die Rolle der NATO (Dreieck Russland – Ukraine – NATO). Konkret: Während Russland meint, dass die europäische Sicherheit nicht auf der NATO basieren soll und aktiv andere europäische und regionale Organisationen und Partnerschaften zwischen NATO-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern fördern will, begrüßt die Ukraine eine steigende Bedeutung der Allianz, anerkennt zukünftige Erweiterungswellen und versucht Bedingungen für eine eigene Mitgliedschaft in einer weiteren Zukunft zu schaffen. Außerdem scheint die offizielle Ukraine ein auf der NATO beruhendes europäisches Sicherheitsmodell auch dann zu akzeptieren, wenn sie selbst außerhalb desselben bleibt.

All das wurde während und nach „Allied Force“ klar: Russland verurteilte diese NATO-Operation gegen Jugoslawien scharf und fror seine Beziehungen zur Allianz ein. Die ukrainische Exekutive (das ukrainische Parlament kritisierte die NATO ebenfalls) solidarisierte sich im Gegensatz dazu (nach einigen Unklarheiten) de facto mit der NATO – möglicherweise mit dem Wunsch, als Vermittler tätig werden zu können. Kutschma nahm am Jubiläumsgipfel der NATO im April 1999 in Washington teil. Seine Anwesenheit unterstrich symbolisch das Fehlen eines russischen Vertreters.

Man sollte nicht annehmen, dass es quasi „automatisch“ zu diesem Schritt gekommen ist; es handelt sich hier um eine ganze Kette von Vorfällen zwischen der Ukraine und NATO. Es existierte aber eine Opposition im Land – sowohl auf emotionaler Basis als Antwort auf die Aggression der NATO gegen Jugoslawien wie auch in Form einer rationalen Analyse hinsichtlich der Konsequenzen und Risiken für die Ukraine.<sup>16</sup> Zuerst mussten viele in Kiew direkt oder indirekt zugeben, dass die NATO ohne Konsultationen Bestimmungen der 1997

---

15 Nach Vremja MN, 7.10.1999.

16 Laut einer Umfrage vom April 1999, die vom ukrainischen Institut für soziale und politische Psychologie durchgeführt wurde, verurteilten 62 % der Befragten das Vorgehen der NATO als „Aggression“; nur 10 % befürworteten es (nach Nezavisimaja gazeta, 27.4.1999).

mit der Ukraine abgeschlossenen „Charter on a Distinctive Partnership“ (Nichtanwendung von Gewalt oder Androhung von Gewalt gegen jeglichen Staat; Anerkennung des Rechtes eines jeden Staates, seine eigenen Mittel zur Wahrung der Sicherheit zu wählen; Achtung von Souveränität und territorialer Integrität; Unverletzbarkeit der Grenzen usw.) und dass die Allianz eine völlige Missachtung der wirtschaftlichen und ökologischen Interessen der Ukraine als Donaustaat demonstrierte. Somit stellte sich heraus, dass die Priorität der Ukraine für die NATO wesentlich geringer war als zuvor propagiert. Zweitens mussten Beobachter eine Situation wie im Kosovo auf eine zukünftige, von den moslemischen Krimtataren forcierte Abspaltung der Halbinsel Krim projizieren. Drittens bestand ein ernsthaftes Risiko, dass im Falle einer Konfrontation zwischen Russland und der NATO die ukrainische Stadt Sewastopol Austragungsort von Feindseligkeiten oder gar Kampfhandlungen werden könnte. Dessen ungeachtet legte die Kutschma-Führung ihre prinzipiell positive Einstellung zum NATO-Eingreifen gegen Jugoslawien fest.

Nach der Jugoslawienkrise intensivierten sich die Kontakte zwischen Kiew und der NATO. Die Ukraine setzte mit einiger Energie die Umsetzung ihres staatlichen Programms zur Zusammenarbeit mit der NATO für den Zeitraum 1999-2001 fort. Ein Gesetz machte den Übungszentrum von Jaworiw (Westukraine) zu einem internationalen Zentrum unter der Ägide der NATO. Zahlreiche hochrangige Kontakte und Besuche gipfelten in einer erstmaligen Sitzung des Nordatlantischen Rates in Kiew im März 2000. All das fand statt, während Russland mit der NATO nichts zu tun haben wollte; erst im Februar 2000 wurden die Beziehungen teilweise wiederhergestellt, und sie sind noch weit davon entfernt, wieder an Schwung zu gewinnen.

Man kann leicht weitere Spannungen zwischen Russland und der Ukraine wegen der NATO vorhersagen. Kiew wird gegenüber der Allianz aktiv bleiben. Die Ukraine hat keine andere Möglichkeit, als ihre Verbindungen zum Westen durch den Einsatz ihrer geopolitischen Lage zu festigen – besonders jetzt, wo sie hinsichtlich ihrer Demokratiequalität mit europäischer Kritik konfrontiert ist und nahe am wirtschaftlichen Zusammenbruch steht. Umgekehrt ist es für jene, die daran interessiert sind, die Ukraine enger an den Westen heranzuführen, zunehmend schwieriger, dafür andere als geopolitische Argumente zu finden. Russland wird diese andauernde Annäherung weiterhin mit viel Argwohn verfolgen, was sich negativ auf die Beziehungen zur Ukraine auswirken dürfte. Russlands eigene Kooperation mit der NATO wird nur eine kleine Rolle spielen, denn die strategischen Ziele Moskaus und Kiews werden sich weiterhin widersprechen: Wenn überhaupt, so wird sich Moskau mit Brüssel über eine Stärkung der europäischen Sicherheit verständigen, um eine zusätzliche Erweiterung der NATO überflüssig zu machen, während Kiew Kurs auf eine Mitgliedschaft in der Allianz nehmen wird, was die NATO an die Grenzen Russlands bringen würde.

Die außenpolitischen Linien Moskaus und Kiews steuern auch auf subregionaler Ebene auf eine Konfrontation zu. Russland ist beunruhigt über den Versuch, die GUS in eine Organisation mit zwei Zentren umzuwandeln,<sup>17</sup> indem die GUUAM<sup>18</sup> gestärkt werden soll, in der die Ukraine eine führende Rolle spielt.<sup>19</sup> Dieser Block, benannt nach den Anfangsbuchstaben seiner Teilnehmerstaaten (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan, Moldowa), war im Oktober 1997 installiert worden. Er beabsichtigt, die Politik jener Länder zu koordinieren, die innerhalb der GUS gegen Russland opponieren, will neue Routen zum Abtransport von Energieträgern schaffen, dabei Russland umgehen und die Mitgliedstaaten

---

17 Gemeint: aus russischer Sicht soll mit GUS eine Organisation mit nur einem Zentrum, d. h. Moskau, bleiben. (Anm. d. Übers.)

18 Bis zum Beitritt Usbekistans 1999 hieß die Organisation GUAM.

19 Zur GUUAM vgl. z. B.: Oleksandr Pavliuk: GUUAM. In: Renata Dwan/Oleksandr Pavliuk (ed.): Building Security for the New States of Eurasia: Subregional Cooperation in the Former Soviet Space. New York 2000.

mit alternativen Energiequellen versorgen. Insgesamt ist die Effektivität dieser Organisation ziemlich niedrig. Auch wegen zahlreicher Kontroversen zwischen Energieproduzenten und -verbrauchern ist es schwierig, den schließlichen Erfolg der GUUAM vorherzusagen. Die Ursache für die Besorgnis Russlands liegt jedoch in der aufkeimenden militärpolitischen Dimension der Aktivitäten der GUUAM. Auf diesem Gebiet positioniert sie sich als mögliches Vehikel, um den Einfluss der NATO in der GUS zu kanalisieren. Auf dem Washingtoner Gipfel der NATO im April 1999 erklärte die GUUAM ihre Absicht, ihre Zusammenarbeit mit der Allianz innerhalb des Euro-atlantischen Partnerschaftsrats (Euro-Atlantic Partnership Council – EAPC) zu entwickeln. Schon davor hatte die Ukraine versucht, noch weiter zu gehen und Konsultationen zwischen der NATO und der GUAM (Format „16+4“) aufzubauen. Die Initiative wurde sowohl von der NATO wie auch vom formell neutralen Moldowa zurückgewiesen, aber eine Rückkehr zu dieser Idee in einer modifizierten Form kann für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Objektiv betrachtet ist die GUUAM ein sehr angenehmes Instrument für das Vorrücken der NATO in die Region des Schwarzen Meeres und des Kaspischen Meeres, da es die GUUAM erlaubt, politisch und militärisch (Truppenübungen) präsent zu sein, ohne in einen offenen Konflikt mit Russland zu geraten, zu dem es im Falle einer NATO-Erweiterung kommen würde.

Die Ukraine fürchtet die russisch-belorussische politische Integration. Im Dezember 1999 unterzeichneten Moskau und Minsk einen Vertrag zur Schaffung eines Unionsstaates, was eine verständliche Resonanz in der Ukraine auslöste. Diese Frage wurde besonders virulent, weil sich die ukrainisch-belorussischen Beziehungen im Herbst 1999 wegen eines beleidigenden Schrittes Kiews gegenüber Minsk verschlechterten: Eine Einladung an den belorussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, in Jalta am Gipfel der Anrainerstaaten der Ostsee und des Schwarzen Meeres teilzunehmen, wurde zurückgezogen. Obwohl der Autor erwartet, dass sich die russisch-belorussische Tagesordnung entpolitisieren und wesentlich pragmatischer werden könnte,<sup>20</sup> ist kaum anzunehmen, dass die ukrainischen Befürchtungen abnehmen werden. Und: Je wirtschaftlich profitabler die neuen Beziehungen zu Russland für Belarus ausfallen, desto stärker wird die politische Kritik aus Kiew werden, um innenpolitisch die Unfähigkeit, wirtschaftliche Kompromisse mit Russland zu finden, rechtfertigen zu können.

Schließlich setzt sich die Kontroverse um Lage und Status der in Sewastopol stationierten russischen Schwarzmeerflotte auf niedrigem Niveau fort. Obwohl drei grundlegende Vereinbarungen in dieser Angelegenheit von den Parlamenten beider Länder ratifiziert wurden und 1999 in Kraft traten, haben diese Dokumente, die mit großer Geschwindigkeit vorbereitet worden waren und unter dem Druck politischer Faktoren unterzeichnet wurden, viele Fragen offen gelassen. Beide Seiten haben von Anfang an zugestimmt, dass zahlreiche (bis zu 20) zusätzliche Vereinbarungen getroffen werden müssten, um die Rechte der russischen Schwarzmeerflotte und ihres Personals in der Ukraine zu definieren. Allerdings

---

20 Die russische Politik gegenüber Belarus könnte unter der neuen russischen Administration entpolitisiert werden. So gibt es jetzt keine Notwendigkeit, diesen Punkt innenpolitisch auszunutzen. Daher wird es für die Putin-Administration einfacher sein, zumindest indirekt zuzustimmen, dass 1) die grundlegenden Prinzipien der laufenden politischen Integration – Schaffung eines neuen Staates mit supranationalen Vollmachten bei Erhalt der vollen Souveränität – unvereinbar sind und daher kaum zu einem Erfolg führen können, 2) Präsident Alexander Lukaschenkos Befürchtungen, auch nur einen Bruchteil seiner Macht in Belarus zu verlieren, den politischen Prozess ernsthaft behindern werden und 3) sehr wichtige Aufgaben im Bereich der außenpolitischen Zusammenarbeit und Verteidigungsintegration gelöst werden können, ohne überspannte politische Ziele zu setzen. Zudem demonstrierten die Besuche des damaligen 1. Stellvertretenden Ministerpräsidenten Michail Kasjanow und des Vorsitzenden der russischen Zentralbank, Viktor Geraschtschenko, in der belorussischen Hauptstadt Minsk im Februar 2000, dass sich Moskau wirklich der wirtschaftlichen Angelegenheiten annahm: Russland verweigerte Belarus einen Stabilisierungskredit und die Lieferung von zusätzlichen 2 Milliarden Kubikmetern Gas; es bestand auf nur einem Schatzamt nach der Einführung einer gemeinsamen russisch-belorussischen Währung. Auch der vereinbarte belorussische Beitrag zum Budget der Union (ein Drittel) ist unproportional hoch, wenn man bedenkt, dass Russland bereit ist, einen wirtschaftlichen Preis für die politische Vereinigung zu zahlen.

stellten sich die Verhandlungen als sehr schwierig heraus, und die ersten sieben Dokumente, welche die Schulden der Flotte für die Benützung von Hafeneinrichtungen, den Schulbesuch für die Kinder der russischen Seeleute und die Wohnmöglichkeiten für pensionierte Offiziere regulieren, wurden im März 2000 abgeschlossen. Sie waren offensichtlich weniger wichtig, da sie nicht von Spitzenvertretern unterzeichnet wurden, sondern vom Oberbefehlshaber der russischen Kriegsmarine, Admiral Wladimir Kurojedow, und dem stellvertretenden Sekretär des Rates für Verteidigung und Sicherheit der Ukraine, Alexander Below.

Das rechtliche Vakuum gab der Ukraine die Möglichkeit, gegenüber der russischen Schwarzmeerflotte eine Linie zu verfolgen, die ihre Bewegungsfreiheit einschränkt und es schwieriger macht, sie in einsatzfähigem Zustand zu halten. Von Zeit zu Zeit schnitten die ukrainischen Behörden dem russischen Marinestützpunkt unter dem Vorwand, dass die Flotte bei den lokalen Stadtverwaltung Schulden hat, die Elektrizitätszufuhr ab. Gleichzeitig scheint Kiew – im Unterschied zu Moskau – nicht ausreichend an einer direkten Energieversorgung der Flotte aus Russland, die dieses Problem leicht lösen könnte, interessiert zu sein. Im Mai 1999 beschloss die ukrainische Regierung, offenbar die gesamte Versorgung der Flotte wie auch den Transport von Einheiten, Schiffen und Flugzeugen unter die Kontrolle der staatlichen Militär- und Zollbehörden zu stellen.<sup>21</sup> Diese Entscheidung wurde zunächst ausgesetzt, aber wohl weniger aufgrund der russischen Proteste denn wegen des gerade laufenden ukrainischen Präsidentschaftswahlkampfes, wo es für Amtsinhaber Kutschma kontraproduktiv gewesen wäre, Russland zu reizen;<sup>22</sup> im Januar 2000 trat der Beschluss aber dann in Kraft. Die Ukraine hielt auch an ihrer Praxis fest, Schiffe aus dritten Ländern nach Sewastopol einzuladen, worauf Russland ebenfalls sehr empfindlich reagierte.

In der zweiten Jahreshälfte 1999 ereignete sich eine weitere Kollision, die wieder das Problem des unklaren rechtlichen Status der russischen Truppen auf der Krim aufwarf. Mehrere Monate hindurch blockierte Kiew erfolgreich den Austausch einer Staffel veralteter russischer Su-17-Flugzeuge durch modernere Su-24. Der Vorwand dafür war stichhaltig, da sich die Su-24 grundsätzlich mit nuklearen Waffen bestücken lassen, was man als Verletzung des nuklearfreien Status der Ukraine interpretieren könnte. Dieses Problem wurde dann ziemlich einfach gelöst, indem unter der Kontrolle von ukrainischen Vertretern die speziellen Halterungen von den russischen Flugzeugen abmontiert wurden, aber die Konfrontation blieb bestehen. Kiew will den Austausch (d. h. die Modernisierung) der Waffen der russischen Truppen auf der Krim gesondert bewilligen und vollständig kontrollieren, während Russland die Meinung vertritt, dass es die Ukraine darüber nur benachrichtigen sollte. In dieser Frage sind weitere Dispute zu erwarten.

Die sich vertiefenden russisch-ukrainischen Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik können dazu führen, dass die Ukraine in Russland als – wenngleich nicht gleichwertiger – geopolitischer Gegner wahrgenommen wird. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist ziemlich groß, da das Gegenteil schwer zu beweisen ist.

---

21 Zu Details vgl. *Nezavisimaja gazeta*, 1.6.1999.

22 Außerdem bezog sich die Kampagne auf die russisch-ukrainische Militärkooperation in einem weiteren Kontext. Im Sommer 1999 einigten sich die Ukraine und Russland, die Ausgaben der Ukraine für Reparaturarbeiten am russischen Raketenkreuzer „Moskwa“ (ehemals „Slawa“) als Schuldenabbau zu werten; das Schiff kehrte in der Folge von der Werft in Nikolajew (ukr. Mykolaiw) nach Sewastopol zurück. Im Herbst 1999 kam ein ähnliches Schema für die noch aus sowjetischer Zeit in der Ukraine verbliebenen strategischen Bomber Tu-95 und Tu-160 zur Anwendung, die Russland schon lange hatte kaufen wollen, aber die beiden Seiten konnten sich nicht über den Preis einigen. Im September/Okttober 1999 wurden zwei gemeinsame Übungen abgehalten. Mit der Wiederwahl von Kutschma im November 1999 scheint dieser Antriebs verloren gegangen zu sein.

## Die humanitäre Dimension

Die Politik der Ukraine in den so genannten humanitären Angelegenheiten (Status der russischen Sprache, russische Kultur und Ausbildung in der Ukraine) wird in zunehmendem Maße eine Sorge für Moskau und daher eine zunehmende Irritationen in den bilateralen Beziehungen. Russland betrachtet die auf eine schnelle „Ukrainisierung“ des Landes, in dem von der Mehrheit der Bevölkerung immer noch russisch als Muttersprache verwendet wird, abzielende Politik Kiews als assimilatorisch und diskriminierend, da auf lange Sicht jene benachteiligt werden, die eine höhere Bildung erreichen wollen und nicht ukrainisch sprechen. Das ist auch deswegen für Russland inakzeptabel, da es zu einer Erosion der kulturellen Bande führt und junge Ukrainer hinsichtlich einer negativen Rolle Russlands in der Geschichte ihres Landes indoktriniert werden, was einen wichtigen Eckpfeiler in den bilateralen Beziehungen unterhöhlt.

Russisch wird als Unterrichtssprache im Bildungsbereich der Ukraine schrittweise ersetzt. So fiel etwa in Odessa, wo 800 000 Menschen oder 72 % der Bevölkerung russisch als Muttersprache angeben, die Zahl der russischsprachigen Schulen von 75 % im Schuljahr 1996/97 auf 36 % im Schuljahr 1997/98. In Kiew (600 000 Russischsprechende) wurde die Anzahl der russischen Schulen zwischen 1989 und 1998 von 155 auf 16 reduziert (weniger als 5 % der Gesamtzahl). In den Regionen von Ternopol, Rivno und Kiew gibt es keine russischen Schulen mehr.<sup>23</sup>

Am 14. Dezember 1999 entschied das ukrainische Verfassungsgericht, dass ukrainisch die einzige Unterrichtssprache im ukrainischen Schulsystem sein soll und für die Verwendung von „Sprachen der nationalen Minderheiten“, einschließlich russisch, im Studium eine besondere Erlaubnis nötig ist. Das Gericht definierte auch ukrainisch als die einzige von den Behörden (einschließlich der Stadtverwaltungen) bei der Ausübung der Amtsgeschäfte wie auch auf allen „öffentlichen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zu verwendende Sprache“.<sup>24</sup> Der Präsidialrat für Sprachpolitik bereitete ein Dekret der Regierung für zusätzliche Maßnahmen vor, um die Funktionen von ukrainisch als Staatssprache auszuweiten. In dem Dokument sind zahlreiche Maßnahmen enthalten, die von Sprachtests für alle Staatsbeamten und Prüfungen von Dokumentationen bis zu einer strengen Regulierung durch ein Sprachregime in den Massenmedien, im Theater usw. und zu einer Entrussifizierung von Sport und Tourismus reichten.

Die Vorfälle der letzten Zeit lösten eine Antwort Russlands aus. Der russische Ombudsmann für Menschenrechte, Oleg Mironow, sagte, dass ein derartiges Ausmaß an Sprachdiskriminierung beispiellos sei und die Mehrheit der Bevölkerung in der Ukraine betreffe.<sup>25</sup> Das russische Außenministerium brachte in einer Sondernote, die im Januar 2000 an den ukrainischen Botschafter in Moskau gesandt wurde, Bedauern zum Ausdruck und stellte fest, dass die Politik der Ukraine im Gegensatz zu ihrer eigenen Verfassung stehe, in der Entwicklung, Verwendung und Schutz der russischen Sprache wie auch ein Zugang zu Ausbildung in russisch garantiert würden. Das Schreiben implizierte auch, dass die Ukraine den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft verletzt, der auch Vorsorge für die Entwicklung der nationalen Kultur trifft und Sicherheiten gegen eine Assimilierung enthält.

---

23 Zu Details vgl. Vladimir Putin i rossijskie sootečestvenniki (Wladimir Putin und die russischen Landsleute). In: Sodružestvo NG, 2/2000; V. Alekseev: Chuže bezzakonija (Schlimmer als Gesetzlosigkeit). In: Sodružestvo NG, 5/1999; N. Šulga: Križis etničeskogo samoopredelenija (Krise der ethnischen Selbstbestimmung). In: Sodružestvo NG, 11/1999.

24 Zitiert nach Nezavisimaja gazeta, 4.2.2000.

25 Nach Nezavisimaja gazeta, 16.2.2000.

Diese „Demarche“ brachte keine unmittelbaren Ergebnisse. Der ukrainische Botschafter Mykola Biloblozkij nannte die russischen Anschuldigungen grundlos.<sup>26</sup> Aber die Tatsache, dass das russische Außenministerium in die Angelegenheit involviert wurde, deutet schon darauf hin, wie ernsthaft die Absichten Moskaus in dieser Sache sind. Diese „versteckte“ Agenda reicht zurück in die Zeit der Debatte um die Ratifizierung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft in Russland, als das Außenministerium, das diese unterstützte, wegen einzelner Abschnitte zu humanitären Fragen hart kritisiert wurde. Artikel 12 des Vertrages besagt z. B., dass die beiden Staaten „gleichwertige Möglichkeiten“ schaffen sollen, um russisch in der Ukraine und ukrainisch in Russland lernen zu können. Da die Nachfrage für ukrainisch in Russland auch angesichts seiner ethnischen Zusammensetzung niedrig ist, wäre die Ukraine voll im Recht, wenn sie Restriktionen gegen die russische Sprache einführen würde anstatt diese zu fördern. Nun muss das russische Außenministerium zugeben, dass der Vertrag, für den es verantwortlich ist, die Lösung humanitärer Fragen nicht eben erleichtert hat. Jetzt, da das Ministerium das implizit auch anerkennt, könnte es sein, dass es nun in diesen Angelegenheiten aktiver wird; die Verhandlungen könnten intensiviert werden. Es ist anzunehmen, dass die Initiative zur erwähnten diplomatischen Note die Vorstellungen der neuen russischen Führung widerspiegelt. Wenn das so ist, könnte eine aktivere Politik zum Schutz der kulturellen Rechte der Russen in der Ukraine Teil einer umfassenden Strategie gegenüber den Russen in der postsowjetischen Diaspora werden.

## Perzeptionen und Standpunkte

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen über verschiedene Themen ist es nicht verwunderlich, dass in Russland die Einstellung gegenüber dem gegenwärtigen ukrainischen Staat negativer wird. So meinten bei einer Umfrage, die im Oktober 1999 von dem Fond „Öffentliche Meinung“ durchgeführt wurde, 41 % der Befragten, dass das offizielle Kiew eine unfreundliche Politik gegen Russland betreibt (23 % lehnten diese Auffassung ab). Man sollte diese Standpunkte nicht mit den Vorstellungen über die Ukraine und die ukrainische Bevölkerung verwechseln, die noch immer positiv sind, und man sollte auch nicht den Schluss ziehen, dass bei den Russen der Wunsch nach einer Trennung von der Ukraine besteht. Nur 8 % der Befragten würden die russisch-ukrainischen Beziehungen gerne auf der Basis von voll geschützten Grenzen (mit der Einführung von Visum und Zoll) sehen, während 31 % glauben, dass die Beziehungen wie zwischen unabhängigen, aber befreundeten Staaten ohne Grenzen sein sollten; 51 % würden eine Wiedervereinigung unterstützen. Aber es ist auch wirtschaftlicher Pragmatismus feststellbar, der auf der Einsicht fußt, dass sich Russland die Unterstützung der Ukraine nicht mehr leisten kann. Mit anderen Worten: Derzeit würde eine Politik des „keine Gratisessen mehr für die Ukraine“ populärer erscheinen als die frühere, auf Nachgiebigkeit hinsichtlich der wirtschaftlichen Unterstützung basierende „brüderliche“ Einstellung Russlands.

Russische Experten äußern sich sehr skeptisch über die Aussichten der bilateralen Beziehungen. Laut einer Umfrage, die gemeinsam vom Ukrainischen Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien und dem Russischen Zentrum für öffentliche Politik Anfang 2000 durchgeführt wurde, gaben die Experten folgende Bewertungen ab:<sup>27</sup> 88 % nannten den derzeitigen Stand der bilateralen Beziehungen schlecht (30 % – instabil, 29 % – deklaratorische Partnerschaft, 26 % – Stagnation, 3 % – Verschlechterung), nur 12 % sahen positive Momente („Fortschritt“). 91 % meinten, dass die Beziehungen der Ukraine zur GUS negativ sind, nur 9 % nannten sie positiv. Bei den Faktoren, welche die russisch-ukrainischen

---

26 Vgl. ebd.

27 Veröffentlicht in: Zerkalo Nedeli, 11.3.2000.

Beziehungen am stärksten negativ beeinflussen, erwähnten die russischen Experten die zunehmende Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO (84 %), Probleme um die Schwarzmeerflotte und Sewastopol (84 %), Grenzschwierigkeiten zwischen den beiden Staaten (79 %), die Situation der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine (77 %), Schulden für Gaslieferungen (71 %), die immer schwächer werdende Beteiligung der Ukraine an der GUS (57 %), der widersprüchliche außenpolitische Kurs der ukrainischen Führung (55 %), die negative Einstellung der offiziellen Ukraine gegenüber der Union von Russland und Belarus (50 %), die Qualität der von der Ukraine nach Russland exportierten Waren (23 %), Kosten für Urlaub und Erholung in der Ukraine (23 %), Teilnahme der Ukraine an der GUUAM (18 %) und den Zustrom ukrainischer Gastarbeiter nach Russland (14 %). Eine Analyse dieser Zahlen zeigt, dass die absolute Mehrheit der russischen Experten davon ausgeht, dass die bilateralen Beziehungen in einer Krise sind. Die Liste der fünf führenden negativen Faktoren legt den Schluss nahe, dass eine Umkehr der aktuellen Trends nicht bevorsteht, da alle diese Faktoren wahrscheinlich ihren Einfluss behalten und kaum bald gelöst werden können.

Die Standpunkte der wirtschaftlichen Elite Russlands wurden schon angesprochen. Sie zeigen sich am besten in den Versuchen, die russische Abhängigkeit vom ukrainischen Transit zu verkleinern, und demontieren generell das „Geber-Empfänger“-Beziehungsmodell. Unter den politischen Kräften Russlands ist nur die Position der Kommunisten (KPRF) von Bedeutung, obwohl sie nach der letzten Wahl zur Staatsduma (Dezember 1999) abgenommen hat. Die anderen haben – mit der Ausnahme von Moskaus Bürgermeister Jurij Luzhkov (aber nicht seine Bewegung „Vaterland“ insgesamt), der für sein Eintreten für einen russischen Status von Sewastopol bekannt ist – überhaupt keine Plattform gegenüber der Ukraine. Früher waren die Kommunisten ziemlich opportunistisch. Sie haben Schritte gesetzt, die sie als bessere „Integratoren“ in der GUS als Jelzin erscheinen lassen oder ihren linken Verbündeten in der Ukraine helfen sollten (z. B. die plötzliche Ratifizierung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft in der Duma im Dezember 1998 nach dem Besuch von Olexander Tkatschenko, des damaligen ukrainischen Parlamentspräsidenten und führenden Exponenten der Linken). Als aber die Ukraine und die ganze GUS aufhörten, in Russland ein Wahlkampfthema zu sein, verhielten sich die Kommunisten passiv und ruhig zu diesem Thema. Kutschmas Versuche, gegen die linken Kräfte in der Ukraine durchzugreifen, könnte deren russische Genossen dazu veranlassen, gegenüber dem offiziellen Kiew eine kritische Haltung einzunehmen. Zudem müssen die russischen Kommunisten – die versprechen, eine Nische für die „patriotische“ Opposition zu bieten – ihre Stimme gegen Versuche erheben, den Status des Russischen in der Ukraine zu schwächen.

Die weitere Evolution der Ansichten und Standpunkte der neuen russischen Administration gegenüber der Ukraine ist schwer zu prognostizieren. Einerseits muss Putin davon ausgehen, dass Russland nicht mehr in der Lage ist, ein Land wirtschaftlich zu subventionieren, das nicht bereit ist, in vielen schwierigen politischen Fragen mit Russland Kompromisse einzugehen. Auf der anderen Seite muss Putin auch das Argument in Betracht ziehen, dass eine zu harte Linie gegen die Ukraine deren weiteres Abdriften in den Westen zur Folge haben und auch negative Auswirkungen auf Russlands eigene Beziehungen zum Westen zeitigen könnte.

Trotzdem ist ein wachsender Pragmatismus in den Anschauungen der russischen Führung vorhanden. Tatsächlich unternahm die Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Putin Anfang Dezember 1999 einen einmaligen Schritt. Sie verhängte ein Öl- und Stromembargo gegen die Ukraine, um sie dazu zu bewegen, kein Gas aus den Pipelines mehr zu stehlen. Putin sandte einen Brief an Kutschma, wo er gegen die ukrainische Politik protestierte.<sup>28</sup> Obwohl das Embargo erfolglos war – wie bereits erwähnt, entnahm die Ukraine weiterhin illegal Gas – und Russland im Februar 2000 die Öllieferungen wieder aufnehmen musste (aus

offenkundigen Gründen konnte Russland dieses Segment des Ölexportes nicht für immer schließen), bewies es doch die Ernsthaftigkeit der Absichten Moskaus, die Interessen der russischen Unternehmen und der russischen Wirtschaft überhaupt zu verteidigen. Außerdem versuchte Russland während der Verhandlungen mit der ukrainischen Seite über die Schulden im Januar/Februar 2000 konsequent, eine mit Geschäftskreisen koordinierte Tagesordnung zu verfolgen – im Gegensatz zu der früheren Gewohnheit, als alle Gespräche mit den Versprechungen der Ukraine endeten, später zu zahlen und Russland bereit war, Zahlungen in Naturalien anzunehmen.

Hoffentlich wird der wirtschaftliche Pragmatismus in den Standpunkten der russischen Führung überwiegen und anhalten, denn nur diese Linie ist mit den wirtschaftlichen Realitäten Russlands vollkommen kompatibel.

## **Schlussfolgerungen**

Derzeit dominieren weiterhin zentrifugale Kräfte in den russisch-ukrainischen Beziehungen über die zentripetalen. Auf der wirtschaftlichen Ebene, die nach Meinung des Verfassers das wichtigste Problem zwischen den beiden Staaten darstellt, veranlassen steigende Gas-Schulden Kiews und konkret die Unwilligkeit der ukrainischen Führung zu ernsthaften Schritten zur generellen Reduzierung der russischen Unterstützung Moskau zur Durchführung von einseitigen Maßnahmen, um einen Paradigmenwechsel herbeizuführen, der für Russland vorteilhaft ist. Auf der politischen Ebene drohen die NATO-freundlichen Gefühle der Ukraine, die nach der Wiederwahl Kutschmas höchstwahrscheinlich noch stärker werden, das verbleibende Potenzial zur Zusammenarbeit endgültig und unwiderruflich auszuhöhlen. Die Kontroverse über humanitäre Fragen wird rasch politisiert, wenn sich Massenmedien, Politiker und Diplomaten in beiden Staaten engagieren.

Die neue russische Führung muss allerdings ihre Strategie gegenüber der Ukraine noch definieren. Das Fehlen einer solchen Strategie war der Hauptgrund für die Ineffizienz der früheren russischen Politik. Es scheint, dass die Ukraine-Politik der Putin-Administration stärker von wirtschaftlichen Interessen bestimmt ist und darauf abzielt, die Wirtschaftsinteressen Russlands in der Ukraine zu fördern. Es wird für Kiew wahrscheinlich nicht mehr länger möglich sein, mittels Rhetorik von „strategischer Partnerschaft“ einen fehlenden Fortschritt in den Wirtschaftsbeziehungen zu kompensieren. Russland wird in den Verhandlungen einen stärker maximalistischen Standpunkt einnehmen, um das Erreichbare zu erreichen, und die Erfüllung von Verträgen durch die Ukraine wird eine größere Sorge für Moskau werden. Russland kann die internationalen Anstrengungen unterstützen, um sicherzugehen, dass in der Ukraine Marktreformen stattfinden, da nur eine marktwirtschaftlich orientierte und demokratische Ukraine in der Lage sein wird, das zu bezahlen, was sie bekommt, und mit Russland auf einer rein wirtschaftlichen Basis zu kooperieren (im Gegensatz zum Empfang von Subventionen im Austausch gegen potenzielle politische Zugeständnisse oder dank persönlicher Kontakte und Präferenzen). Gleichzeitig werden – mit oder ohne Regierungsunterstützung – ausgesprochen rasch alternative Exportmöglichkeiten für russisches Erdgas entwickelt, wenn keine annehmbare Lösung bezüglich der Bezahlung der Schulden mit ukrainischem Eigentum erzielt werden kann.

Die Ukraine hätte dann zwei Alternativen zur Verfügung. Sie könnte die Ernsthaftigkeit der russischen Absichten zur Kenntnis nehmen und versuchen, das Beste zu geben, um Kompromisse zu erzielen. In einem ersten Schritt hätte sie die Zahlung von laufenden Lieferungen und das Ende des Gasdiebstahls zu garantieren. Eine andere – wahrscheinlich eher verhängnisvolle – Möglichkeit wäre, weiterhin traditionell zu handeln, d. h. sich in der Schuldenfrage destruktiv zu verhalten, weiterhin Besitzansprüche an Russland zu stellen,

Russlands Innen- und Außenpolitik als „neo-imperialistisch“ anzuklagen usw. Das wäre mit Sicherheit der kürzeste Weg zu einem Szenario, in dem sich die Spirale der bilateralen Beziehungen weiter nach unten dreht.

Ein solches Szenario ist für Russland, dessen Wirtschaft geschädigt würde, natürlich nicht ideal, aber für die Ukraine wäre es eine echte Katastrophe, die sie zu einer „kranken Person“ in Europa machen würde. Sie wäre der Möglichkeiten für einen wirtschaftlichen Aufschwung in der überschaubaren Zukunft beraubt, und die Aussichten auf eine Teilnahme an der europäischen Integration wären ad infinitum verbaut.

Dr. Arkady Moshes  
wissenschaftlicher Mitarbeiter des Europainstituts  
der Akademie der Wissenschaften Russlands  
Übersetzung aus dem Englischen: Edda Engelke/Martin Malek